

Hartmann, Michael

Soziale Risiken der Nachhaltigkeitspolitik nicht aus dem Blick verlieren

Forum Erwachsenenbildung 53 (2020) 4, S. 18-21



Quellenangabe/ Reference:

Hartmann, Michael: Soziale Risiken der Nachhaltigkeitspolitik nicht aus dem Blick verlieren - In: Forum Erwachsenenbildung 53 (2020) 4, S. 18-21 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-284073 - DOI: 10.25656/01:28407

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-284073>

<https://doi.org/10.25656/01:28407>

in Kooperation mit / in cooperation with:



WAXMANN
www.waxmann.com

<http://www.waxmann.com>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

» Soziale Risiken der Nachhaltigkeitspolitik nicht aus dem Blick verlieren



Dr. Michael
Hartmann

Evangelische Akademie
zu Berlin, Studienleiter
Wirtschaft und Soziales
hartmann@eaberlin.de

I. Krise als Chance?

Welche Folgen hat ein konsequenter Klimaschutz für den sozialen Ausgleich und die Leistungsfähigkeit des deutschen Sozialstaates? Der ehemalige

Bundesaußenminister Joschka Fischer bezeichnet im Handelsblatt die Covid-19-Pandemie als den Beginn der großen Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Es wird aktuell immer wieder von den Chancen der Krise gesprochen, als „Weckruf“ zur rechten Zeit. Fischer: „[D]ie Covid-19-Krise weist auch weit darüber hinaus und verfügt über eine viel grundsätzlichere Dimension. Rückblickend wird diese Krise im Jahr 2020 vielleicht einmal als der Beginn der ‚großen Transformation‘ der globalen Industriegesellschaft hin zu einer Gesellschaft der Nachhaltigkeit und der Verantwortungsübernahme der Menschen für ihr Tun bezeichnet werden“.¹

Ohne Frage erleben wir in der aktuellen Rezession der Weltwirtschaft aufgrund der Covid-19-Pandemie eine ‚Entwöhnung‘ vom wirtschaftlichen Wachstum: Es gibt weniger Emissionen, es kommt zur Erprobung neuer Lebensstile mit weniger Mobilität, weniger Fernreisen und allgemein weniger Konsum, die Kritik an der Nutztierhaltung nimmt zu. Die Maske ist eine Gier-Bremse. Zugleich entbehren wir aber wichtige Daseinsgrundfunktionen, die mehrheitlich der Staat gewährleistet: Bildung, Kinder- und Altenbetreuung, Teile der Gesundheitsversorgung, Behandlungen, die aufgeschoben werden müssen, öffentliche Dienstleistungen, die entfallen. Der Wegfall von Angeboten bei Tourismus und Freizeitgestaltung hat tiefgreifende soziale und sozialpsychologische Folgen.

An der Fähigkeit vieler Menschen zu „verantwortlichem Handeln“, die Fischer aufruft, muss man im Alltag seit März 2020 bisweilen ernsthaft zweifeln. Menschen mit gesundheitlichen Risiken und stärkerer sozialer Verletzlichkeit und mit mehr Exklusionserfahrungen als der Durchschnitt werden den Alltag seit März anders erleben. Man mag das alles dennoch als heilsame Übung empfinden, für soziale Gruppen hingegen, die schon immer Mühe hatten, die eigene Existenz materiell abzusichern und die Chancen ihrer Kinder zu wahren, sind in-

des andere Prozesse im politischen Raum von Interesse. Gibt es Hinweise, dass sowohl die aktuelle Krisenbewältigung der Politik als auch eine transformative Dynamik in den nächsten Jahren die Lasten dieser Anpassung ungleich verteilen?

II. Lastenverteilung unter den Generationen

Gegenwärtig werden durch öffentliche Haushalte in Deutschland und neuerdings auch durch die Europäische Kommission erhebliche Schulden gemacht. Daneben entstehen durch Einnahmeausfälle und erhöhte Leistungen Defizite in den Sozialversicherungen. Daher ist schon jetzt absehbar, dass es in den nächsten Jahren für Steuer- und Beitragszahler bitter werden wird. In der Generationenbilanz bedeutet das eine Belastung junger Menschen. Die durch die aktuelle Rezession extrem belasteten Sozialversicherungen hängen bis heute in einem sehr hohen Maße von wirtschaftlichem Wachstum ab. Welche transformativen Strategien zur Wahrung der planetaren Grenzen sind nachhaltig, ohne sozial riskant zu sein, und respektieren die Interessen zukünftiger Generationen?

Als sozial riskant wird in diesem Zusammenhang und in der folgenden Argumentation zunächst ein unabgesicherter Postwachstumsansatz bezeichnet. Damit ist gemeint, dass die sozial-ökologische Transformation der Industriegesellschaft weitgehend unter Absehung der Folgen für die Sozialversicherungen und andere Systeme der Daseinsvorsorge und öffentlichen Güter beschrieben wird. Die meisten Konzepte von Degrowth und Suffizienz bieten aus meiner Sicht allein für dieses Problem keine tragfähigen Lösungen an. Sie überfordern die Resilienz von Gesellschaft und Sozialstaat, an den wir gewöhnt sind und der in hohem Maße den gesellschaftlichen Frieden gewährleistet.

Im Kern der hier angestellten Überlegungen steht die Frage, ob es möglich ist, mit deutlich weniger oder gar keinem Wachstum wirtschaftlicher Aktivitäten in einer Volkswirtschaft das gesellschaftliche Wohlergehen, Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit und individuellen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Angesichts der unbefriedigenden sozialen Mobilität und der bislang hohen Vererbbarkeit von Bildungs- und sozialstrukturell definierter Armut ist die letztgenannte Frage von großer Bedeutung. Neben den Sozialversicherungen gegen Krankheit, zur Absicherung der Renten, der Pflege und der Risiken der Arbeitslosigkeit geht es um sozialen Ausgleich im Sinne der Chancengerechtigkeit und um den sozia-

¹ Fischer, J. (2020): Gastkommentar „Coronakrise – der Beginn der großen Transformation“, Handelsblatt vom 30.07.2020.



len Zusammenhalt und Frieden in der Gesellschaft. Wir sind an ein Niveau der elementaren Staatsaufgaben Bildung, Sicherheit im öffentlichen Raum, Verteidigung und der elementaren technischen Infrastrukturen gewöhnt, das aufzugeben große soziale Risiken bergen würde.

Alle Systeme bilden indes keinen Kapitalstock, sondern werden aus laufenden Einnahmen, Steuern und Beitragszahlungen, finanziert. Nicht nur das Umlageverfahren der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, auch die anderen Systeme, einschließlich des Fiskus, sind auf beständige finanzielle Zuflüsse angewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über keinen staatlichen Fonds zur Abfederung von Schwankungen der aus dem BIP generierten Einnahmen. Die Zukunft wird durch den demographischen Wandel und die Folgen der Digitalisierung die genannten Systeme vor zusätzliche und in der Vergangenheit nicht durch Vorsorgemaßnahmen vorbereitete Herausforderungen und damit finanzielle Belastungen stellen, die bislang nicht in die Zahlungsflüsse der Systeme eingepreist sind: In der Folge des demographischen Wandels sowie der gewachsenen Leistungsfähigkeit der Humanmedizin ist schon heute klar, dass die Ansprüche der zukünftigen Leistungsempfänger an Renten- und Krankenversicherungen steigen werden, während gleichzeitig deutlich weniger Beitragszahler zur Finanzierung bereitstehen werden. Ohne ein signifikantes Wirtschaftswachstum werden in dieser entstehenden Lage entweder Leistungskürzungen erfolgen müssen oder spürbare Erhöhungen der Beiträge anstehen. Die zweite Option verbietet sich indes angesichts der bereits heute erreichten Beitragsbelastung und der verbundenen Anreizwirkungen auf die sozialversicherungspflicht-

tigen Arbeitsplätze. Alle wissenschaftlich verfügbare Evidenz und Prognostik für die Entwicklung des Gesundheitswesens geht darüber hinaus von zukünftig steigenden Kosten aus, gängige Berechnungen sehen die Verdopplung realer Ausgaben in 40 Jahren allein in der gesetzlichen Krankenversicherung.

III. Wachstum – wer es braucht

Die Sozialversicherungsbeiträge werden nach den Einkommen abhängig Beschäftigter erhoben, im Steuersystem leisten Lohn- und Einkommensteuer von 41 Millionen Steuerzahlenden einen Anteil von mehr als einem Drittel zum gesamten Steueraufkommen. Die Summe der Steuereinnahmen ohne Gemeindesteuern sank im Juni 2020 um fast ein Fünftel gegenüber dem Monat Juni des Vorjahres. Die Höhe der Erwerbstätigen- und Beschäftigungsquote sowie der erzielten Einkommen bestimmen indes den Handlungsspielraum der Sozialversicherungen wie auch des Staates.

In globaler Perspektive stellt sich eine bekannte Frage im Zusammenhang eines Postwachstums-szenarios: In Zukunft werden immer mehr Menschen für sich und ihre Angehörigen Chancen auf Teilhabe und soziale Aufstiegschancen einfordern. Die Bereitstellung von Möglichkeiten, das eigene Leben zu verbessern, Bildung, Chancen und Lebensglück zu erlangen, misslingt in vielen Ländern des globalen Südens. Das Scheitern hat nicht nur eine historische Dimension, es müssen Ressourcen für Gesellschaften jenseits einer oftmals notwendigen Befriedung und guten Regierungsführung erschlossen werden. Der Zugang zu Wasser und Energie wird am Anfang stehen, die Bereitstellung von mehr Gütern und Dienstleistungen muss angesichts

² Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft. Marburg.

³ Stern, N. (2007): The Economics of Climate Change: The Stern Review. Cambridge.

von großer Armut ein Teil des Entwicklungsprozesses vieler Gesellschaften des globalen Südens sein. Entscheidend wird sein, ob das in einer klimaneutralen Weise gewährleistet werden kann. Es setzt die Annahme voraus, dass ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, insbesondere der Waren- und Energieproduktion, unter Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 möglich sein wird.

Die Einhaltung planetarer Grenzen wird als Argument zur Verweigerung von menschlicher Entwicklung kaum Akzeptanz finden.

Ob Wirtschaftswachstum dafür notwendig ist, haben die meisten Menschen im globalen Süden bereits beantwortet und richten ihre persönlichen Entscheidungen und Wahlhandlungen danach aus. Ein zentraler Bestandteil guter Regierungsführung könnte durchaus sein, mit umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen das Wachstumspotenzial von Gesellschaften und Volkswirtschaften zu erhöhen, nicht etwa zu senken.

Zwischenfazit: In der Übertragung der Erfahrungen aus der Covid-19-Krise auf die Frage des ökonomischen und politischen Umgangs mit den planetaren Grenzen muss eine Lösung gefunden werden, die das Corona-Szenario vermeidet. Dazu zählen Ansätze, die gesellschaftliche Institutionen wie die oben genannten von wirtschaftlichem Wachstum unabhängig machen wollen.² Ökonomisch von Bedeutung ist dabei, dass die Kosten für eine Belastungsreduktion des globalen Klimas und der Biosphäre insgesamt langfristig geringer ausfallen als mögliche Folgekosten des Ausbleibens einer Dekarbonisierungsstrategie. Nicholas Stern nennt bei Vermeidung Kosten von 5 bis 20 Prozent des Welt-BIPs, bei einer Klimaschutzstrategie geschätzte Kosten von 1 Prozent des BIPs.³

IV. Mehr Resilienz für den Sozialstaat

Alternative Indikatoren zur Messung von gesellschaftlicher Wohlfahrt, Lebensqualität und empfundener Zufriedenheit korrelieren am Ende stark mit dem wirtschaftlichen Output und dem Wohlstandsindikator BIP. Das gilt zum Beispiel für den Human Development Index (HDI) der UN oder den deutschen NWI (Nationaler Wohlfahrtsindex), den die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und das Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin im Auftrag des Umweltbundesamts entwickelt haben. Danach bildet das BIP (GNP) zwar gesellschaftlich sinnvolle und nutzbringende Aktivitäten ab, zahlreiche soziale und ökologische Lebensbedingungen fallen hingegen unter den Tisch. Unabhängig von der Entscheidung, mit welchen Indikatoren wir die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und das gesellschaftliche Wohlergehen messen wollen, bleibt es angesichts der engen Verknüpfung von

sozialer Sicherheit, Bildungschancen, sozialer Mobilität und Durchlässigkeit mit den erbrachten ökonomischen Leistungen und Beiträgen schwer vorstellbar, wie sich Wohlfahrt in einer Gesellschaft auf hohem Niveau aufrechterhalten lässt, wenn dieser Link zwischen Wohlfahrt und ökonomischer Performance entfällt.

Eine nach den Prinzipien der ökologischen, intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit transformierte Weltwirtschaft setzt technische und soziale Innovationen voraus, die möglicherweise nur mit den Ressourcen der bestehenden Industriegesellschaft erbracht werden können. Und auf diesem Weg müssen benachteiligte und verletzliche Teile der Gesellschaft mitgenommen werden, ohne dass ihnen Schaden zugefügt wird. Wie schwierig das werden kann, demonstriert die Krise, in der wir uns aktuell befinden. Haben wir bislang angenommen, dass gesellschaftliches Wohlergehen und individuelle Zufriedenheit auch in deutlichen wirtschaftlichen Kontraktionsphasen wachsen können, zeigt uns die Gegenwart des Sommers 2020, dass schon der Ausfall weniger Daseinsfunktionen zu massiven Verwerfungen im sozialen und politischen Raum führen, Menschen in tiefe Krisen führen und Zukunftschancen zunichtemachen können.

Außer Frage steht auch, dass eine Entkopplung einer modernen und dynamischen Volkswirtschaft von der Schädigung der Biosphäre und die Minimierung des ökologischen Fußabdrucks der Menschen im globalen Norden erhebliche Investitionen erfordern. Die gegenwärtige Krise, ausgelöst durch den SARS-CoV-2-Erreger, hat nur wenige Belastungen der Biosphäre zurückgeführt und hat dennoch schwere wirtschaftliche Folgen.

Wie mehr Resilienz für den Sozialstaat eher nicht erreicht wird: Die aktuelle wirtschaftliche Kontraktion wird auch zukünftig noch soziale Kosten verursachen, ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem starken Anwachsen der globalen Verschuldung. Bereits nach den – im Nachhinein klein und begrenzt erscheinenden – Krisen von 2008 und 2010 hat es durch die Rettungsmaßnahmen der Staaten und Notenbanken ein rasantes Schuldenwachstum gegeben. Man mag sich nicht ausmalen, was ökonomisch, sozial und politisch geschehen könnte, wenn die Dimensionen der Krise der Europäischen Währungsunion von 2010 in einigen Mitgliedstaaten der EU durch die Rezession gesprengt würden und seitens der Zentralbanken dann keine wirksamen Instrumente mehr zur Verfügung stünden.

Es herrscht bislang viel Ungewissheit darüber, welche Kosten real, jenseits der bekannten Simulationsmodelle, bei der Transformation zu einer Marktwirtschaft, die die planetaren Grenzen beachtet, entstehen werden. Die Krisenmodi von 2008 und 2010, die sich letztlich wenig voneinander unterscheiden, können hierfür jedoch nicht herangezogen werden.

Für den anstehenden Wandel ist anzustreben, dass dieser in resilienten, wohlfahrtsstaatlich verfassten Gesellschaften angegangen werden kann.

Nur sie können die notwendigen radikalen und zum Teil disruptiven sozialen und technischen Innovationen umsetzen, ohne dass der soziale Zusammenhalt verloren geht. Ohne diese Kohäsion ist eine Dekarbonisierung in einem vertretbaren Zeitrahmen kaum zu realisieren. Die Vorstellung, dass zentrale Institutionen des Sozialversicherungsstaates und der Bereitstellung öffentlicher Güter ohne einen Bezug zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes funktionieren, ist unrealistisch. Das Modell einer großen Transformation durch Schrumpfung – ohne massive öffentliche und private Investitionen in eine postfossile Wirtschaft und Gesellschaft – birgt Gefahren für den sozialen Frieden.

Eine Entkopplung von gesellschaftlichem Fortschritt und Transformation in eine Postwachstumsökonomie setzt Vorsorge insbesondere für die verletzbaren und schwachen sozialen Gruppen voraus. Die gegenwärtige Krise hinterlässt einen Eindruck davon, welcher Berg an Aufgaben vor uns liegt, wenn wir Systeme der sozialen Sicherung und der Bereitstellung von Kollektivgütern resilient gegenüber starken und anhaltenden Rückgängen der Wirtschaftsleistung machen wollen.

V. Ausblick

Mögliche Maßnahmen im Erwerbssystem, mit denen die ökologische Resilienz von Wohlfahrtsstaaten erreicht werden soll, werden seit langem diskutiert. Dies sind neben einem beschleunigten sektoralen Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft die stärkere Fokussierung auf technologische Innovationen zur signifikanten Erhöhung der Faktorproduktivität eingesetzter Ressourcen und eine Reduktion der Arbeitszeit pro Erwerbstätiger. Auch die Diskussion um ein Grundeinkommen, das unabhängig von Erwerbsarbeit gezahlt wird, gehört in diesen Kontext. Dass damit die Resilienz der sozialen Sicherung gegenüber wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen gesteigert werden kann, mag angesichts der jährlichen Kosten für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (bei einer Höhe von etwa 1.000 Euro) von rd. 1.000 Mrd. Euro bezweifelt werden.

Die Neuausrichtung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der durch wirtschaftliche Aktivitäten finanzierten Systeme der sozialen Absicherung und des sozialen Ausgleichs entlang einer umfassenden Beachtung der planetaren Grenzen erfordert einen tiefen gesellschaftlichen Wandel. Seine Grundlage wären soziale und technische Innovationen jenseits bisheriger Reformprozesse und ihrer zeitlichen Taktung. Wenn wir handlungsorientierte und alltagsfähige Strategien finden und politikfähig machen wollen, müssen wir Wissen um Alternativen generieren und verbreitern und Akzeptanz dafür fördern. In der politischen Erwachsenenbildung sollten wir das vor allem als einen kulturellen Prozess verstehen. Jenseits der oben beschriebenen ökonomischen Zwänge, in die moderne Sozialstaaten eingebunden sind, ist die Wachstumsgesellschaft ja auch eine Erzählung.

Sozialstaaten, die die Geländer der planetaren Grenzen beachten und trotzdem den sozialen Frieden ihrer Gesellschaften bewahren helfen, benötigen ein neues Narrativ.

Zu diesem Prozess eines kulturellen Wandels kann politische Erwachsenenbildung einen Beitrag leisten und leistet ihn bereits. Was in den letzten Legislaturperioden vernachlässigt wurde, war ein verantwortungsethisch gebotener politischer Prozess mit dem Ziel institutioneller Reformen, der die sozialen Sicherungssysteme und das Steuersystem der Bundesrepublik zukunftsfest und zugleich europafähig macht. Beides ist bislang unterblieben und sollte von Wählerinnen und Wählern stärker eingefordert werden. Angesichts des demographischen Wandels braucht man dafür nicht einmal den Klimawandel, um die Dringlichkeit zu belegen.

Kultureller Wandel und transformative technische und soziale Innovationen brauchen vielfältige Netzwerke und Kooperationen. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, diese Netze und Kooperationen nicht auf die Zivilgesellschaft zu beschränken, sondern wirtschaftliche Akteure, Unternehmen und Gründerinnen, einzubeziehen. Diese sind nicht nur wichtige Innovationstreiber, sondern auch Gestalterinnen eines sozialen und kulturellen Wandels: Sie erzählen andere Geschichten und reichern die Dynamik der Marktwirtschaft mit neuen Narrativen an.⁴

Jens Beckert beschreibt die Dynamik des Kapitalismus mit dessen Fähigkeit zur Imagination.⁵ Imaginationen darüber, was eine unsichere Zukunft bringen soll und kann, können wir als Christen nicht dem Markt überlassen, wir nutzen gleichwohl auch seine Kraft, Neues am Ende auch durchzusetzen. Evangelische Bildungsarbeit als Teil der religiösen Kommunikation in der Gesellschaft und des Öffentlichkeitsauftrages der Evangelischen Kirche sollte unsere Imagination von Zukunft in den Transformationsprozess wie in die Krisenerfahrung eintragen. Sie hat den großen Vorteil, nicht nur kognitiv, sondern auch sinnlich zu sein. Der Auftrag zur Öffentlichkeit von Theologie handelt vom Wirken Gottes, der uns und unsere Welt erwählt hat und sein Handeln der Erhaltung und Vollendung der Schöpfung widmet. Unser Glaube an das andauernde Schöpfungshandeln Gottes für die Erhaltung der Welt durch ihn ist unser Narrativ gegen die Apokalyptik, die angesichts der Klimakrise und der Pandemie Platz greift.

⁴ Shiller, R. J. (2020): Narrative Wirtschaft. Kulmbach; Loukianov, A./Burningham, K./Jackson, T. (2019): Living the Good Life on Instagram. An exploration of lay understandings of what it means to live well. In: Journal of Consumer Ethics.

⁵ Beckert, J. (2018): Imaginierte Zukunft. Berlin.

» schwerpunkt – „nachhaltig statt riskant“

Bernd Overwien

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Erwachsenenbildung..... 13

Eine Auseinandersetzung mit nachhaltiger Entwicklung und den entsprechenden Zielen der Vereinten Nationen ist zentral für eine gemeinwohlorientierte Bildung im Lebenslauf. Angesichts planetarischer Klima-, Ressourcen- und Ungleichheitsstrukturen wird skizziert, wie nachhaltige Bildungskonzepte und Globales Lernen zusammenhängen, warum sie ein Faktor sind für die erforderliche „große Transformation“ in ökonomisch-sozialer Hinsicht und welche Anforderungen sich damit verbinden.

Michael Hartmann

Soziale Risiken der Nachhaltigkeitspolitik nicht aus dem Blick verlieren 18

Welche Folgen hat ein konsequenter Klimaschutz für den sozialen Ausgleich? Die durch die aktuelle Krise bereits belasteten Sozialversicherungen hängen in hohem Maße von wirtschaftlichem Wachstum ab. Welche Strategien sind nachhaltig, ohne sozial riskant zu sein? Kann religiöse Kommunikation dazu einen Beitrag leisten?

Alexandra Schick

Ökologie und Nachhaltigkeit als Profilverthema der Evangelischen Erwachsenenbildung? „Wer, wenn nicht wir?“ 22

Inwiefern gewinnen Einrichtungen der Evangelischen Erwachsenenbildung durch Angebote zur Ökologie und Nachhaltigkeit an Profil? In Erfahrung brachte dies eine empirische Untersuchung der Evangelischen Erwachsenenbildung in Bayern. Von deren Ergebnissen ausgehend gibt der Artikel Aufschluss über den programmatischen Stellenwert und die institutionelle Verortung von ökologischer Bildung in diesem Bundesland.

Galina Burdukova

Nachhaltigkeit als Grundverständnis und Trend in der VHS-Programmarbeit 27

Volkshochschulen stellen einen großen Ausschnitt der öffentlichen Erwachsenenbildung dar und die Analyse ihrer Programme kann daher auch für andere Anbieter anregend sein. Die leitende Frage des Beitrags ist, welche pädagogischen Zugänge zum Thema Nachhaltigkeit existieren, welche Beispiele Trends der Programmplanung anzeigen.

Nikolaus Buschmann

Was uns Nachhaltigkeitsdebatten erzählen Zur Entstehungsgeschichte eines umkämpften Begriffs 32

„Nachhaltigkeit“ gilt als ein regulatives Ideal, das den Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft anleiten soll. Zugleich handelt es sich um ein gesellschaftlich umkämpftes Konzept, dessen Funktionen und Bedeutungen sich erst aus der spezifischen geschichtlich-gesellschaftlichen Konstellation einer Epoche erschließen. Der Beitrag untersucht die Verwendungsgeschichte des Nachhaltigkeitsbegriffs und fragt nach der Verbindung von Wissen und Macht bei seiner Etablierung als umweltpolitischer Schlüsselbegriff.

Katharina Eberlein-Braun

Die Schönheit der Dinge aufbrauchen Theologische Impulse für die kulturelle und politische Bildungsarbeit 38

Wir wollen Dinge haben und wissen gar nicht genau, warum. Dass zu viel gekauft und „konsumiert“ wird, liegt auch an einem Nimbus der Dinge. Oft werden Dinge gar nicht aufgebraucht, eben nicht konsumiert, sondern bald ersetzt. Es ist daher im Sinne der Nachhaltigkeit, wenn der Nimbus der Dinge, ihre Schönheit und unsere Verbundenheit mit ihnen neu entdeckt werden.

» editorial

Steffen Kleint Liebe Leserin, lieber Leser	3
---	---

» aus der praxis

<i>Susanne Pramann</i> Bilden, was sich herausbilden will	6
<i>Ulrike Koch, Ulrike Dietrich, Carolin Glahe</i> KlimaGesichter – Workshops zur interkulturellen Umweltbildung	8
<i>Christian Schütz</i> Religiöse Bildung als Faktor für Nachhaltigkeit in Zeiten des Transhumanismus?	10

» europa

<i>Christine Bertram</i> Wie Nachhaltigkeit in Europa überall mitgedacht wird	12
--	----

» einblicke

<i>Mauricio Salazar</i> Wir brauchen ein zivilgesellschaftlich getragenes Nachhaltigkeitsprogramm für Europa.....	42
<i>Michael Görtler</i> Didaktisches Handeln zwischen Erwachsenenbildung und Sozialer Arbeit: Perspektiven win der Theorie und Herausforderungen in der Praxis.....	44
<i>Andreas Seiverth</i> Evangelische Erwachsenenbildung im Auftrag von Kirche und Zivilgesellschaft Günter Apsel zum 90. Geburtstag	46

» jesus – was läuft?

<i>Hans Jürgen Luibl</i> Auf Immerwiedersehen	48
--	----

» service

Filmtipps	50
Publikationen	51
Veranstaltungstipps	57
Impressum	62



Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an info@waxmann.com)

- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,- € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN